

Thurmed-Gruppe erzielt Gewinn von 27 Millionen

Erfolg Die Thurmed-Gruppe mit den beiden Kantonsspitalern Frauenfeld und Münsterlingen sowie mehreren weiteren Unternehmensbereichen erzielte 2024 einen Gewinn von 27 Millionen Franken und eine EBITDAR-Marge von 11,5 Prozent. Diese Marge bezeichnet den Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände und Mieten oder Restrukturierungskosten. Die Kennzahl ist aufgrund ihrer guten Vergleichbarkeit beliebt im Gesundheitswesen. Die Thurmed-Gruppe sieht ihre in der Eigentümerstrategie vorgegebenen Ziele als vollumfänglich erreicht, wie es in einer Mitteilung heisst. «Die Bevölkerung hat stets Zugang zu medizinischer Versorgung auf dem neusten Stand der Wissenschaft.»

Neben der umfassenden Versorgung der Patientinnen und Patienten und der Funktion eines wichtigen Arbeitgebers werde die Thurmed-Gruppe voraussichtlich rund 4 Millionen Steuern bezahlen und 5 Millionen Franken an Dividenden ausschütten, heisst es weiter in der Mitteilung.

Deutliche Steigerung gegenüber 2024

Ein wesentlicher Treiber für die positive Entwicklung in der Spital Thurgau AG im Verlauf des Berichtsjahres 2024 sei eine gezielte Ressourcensteuerung gewesen. Dank des Wandels hin zu mehr ambulanter Versorgung seien die ambulanten Leistungen um 7 Prozent gestiegen. Im Gegenzug habe die stationäre Patientenzahl um 1 Prozent reduziert werden können. Gleichzeitig habe der Schweregrad der stationär behandelten Patientinnen und Patienten um gut 2 Prozent zugenommen.

Die gestiegenen Leistungen wurden mit 60 zusätzlichen Vollzeitstellen erbracht (plus 1,7 Prozent), wie es weiter heisst. Dank einer Reduktion der temporären Mitarbeitenden habe dies trotz einer überdurchschnittlichen Lohnerhöhung von insgesamt 1,5 Prozent zu einer vergleichsweise moderaten Erhöhung der Personalkosten von 2,1 Prozent geführt.

Im Vorjahresabschluss 2023 erzielte die Thurmed-Gruppe eine EBITDAR-Marge von 9,4 Prozent und lag damit an der Spitze der Schweizer Spitäler in öffentlicher Hand (rund 3 Prozent).

Strategische Weichenstellungen für die Zukunft

Verwaltungsrat und Geschäftsleitung haben laut Mitteilung eine langfristige Dachstrategie erarbeitet. Diese zielt auf eine nachhaltige Gesundheitsversorgung der Thurgauer Bevölkerung ab. Strategische Schwerpunkte lägen auf der Arbeitgeberattraktivität, der integrierten Versorgung und der Digitalisierung. Im Berichtsjahr hat die Thurmed-Gruppe ihr Portfolio gestrafft. Anfang 2024 verkaufte sie die Pathologie Enge und per Anfang 2025 die defizitäre Wäscherei Bodensee. (red)

SVP will Staatsaufgaben reduzieren

Der Grosse Rat hat am Mittwoch kontrovers über den Stellenzuwachs in der Thurgauer Verwaltung diskutiert.

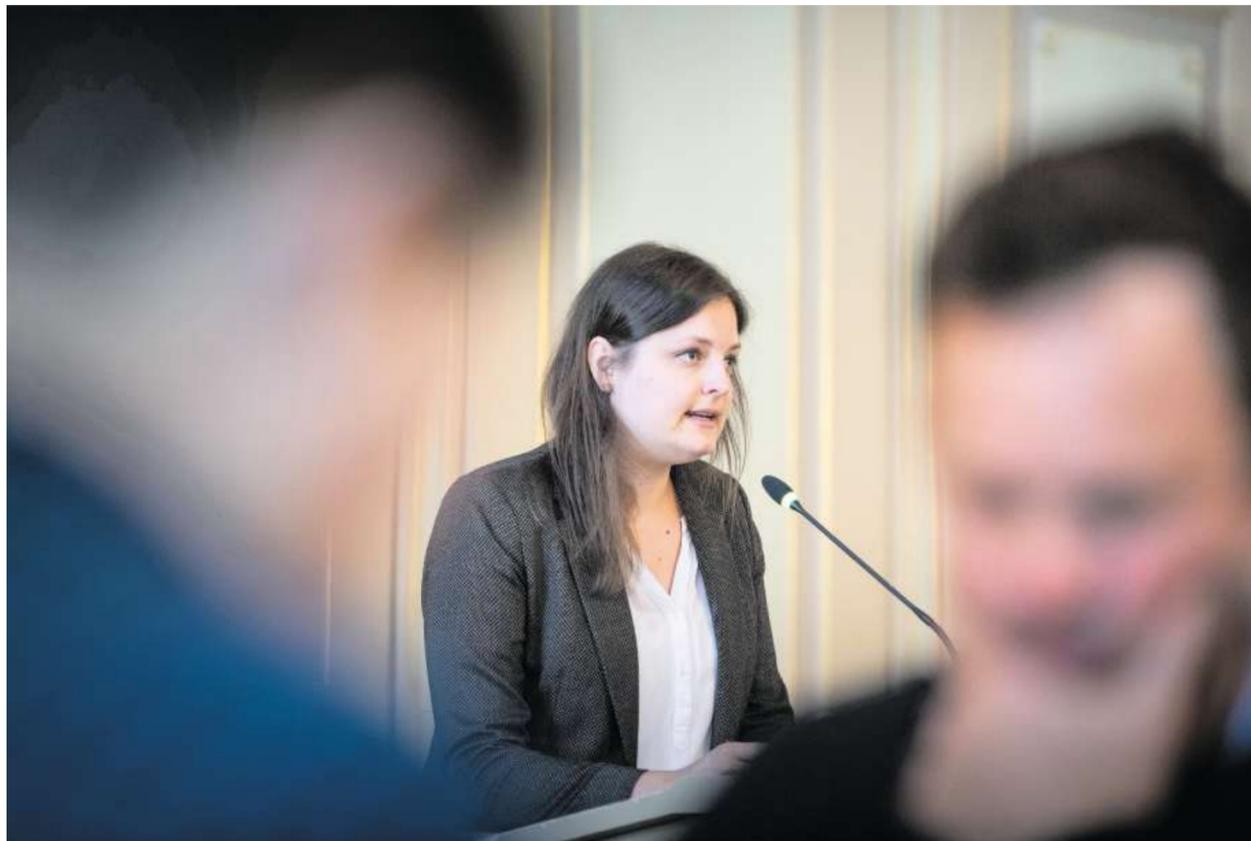
Sabrina Bächli

69 Seiten. So umfangreich ist die Beantwortung des Regierungsrates auf eine Interpellation zweier SVP-Kantonsräte, die mit sechs Fragen von der Exekutive wissen wollten, wie sich das Stellenetat in der kantonalen Verwaltung verändert hat. Kurz gesagt: Im Vergleich zum Bevölkerungswachstum hat sich der Stellenzuwachs in zehn Jahren überproportional entwickelt. Das ist Kantonsrätin Aline Indergand (SVP, Altnau) ein Dorn im Auge, vor allem, weil ein Grossteil der geschaffenen Stellen die Regierung zu verantworten hat.

Insbesondere das Departement für Inneres und Volkswirtschaft falle mit einem hohen Stellenzuwachs auf, sagt Indergand. «Hier hat ein massiver Ausbau beim Amt für Informatik, beim Veterinäramt sowie beim Amt für Wirtschaft stattgefunden.» Indergand richtet ihr Wort an die Exekutive: «Sie müssen diese Tendenz stoppen, sonst macht es der Grosse Rat.» Sie fordert, dass man sich von Unnötigem trennt, das nicht zwingend Staatsaufgabe sei. «Seien Sie mutig, auch wenn Sie dadurch nicht überall beliebt sein werden.»

SP und Grüne befürchten Demokratieverlust

Mit ihrem Votum befeuert Indergand vor allem im linken Block des Grossen Rats die Vermutung, die SVP wolle die Demokratie schwächen und in der Manier des amerikanischen Tech-Milliardärs Elon Musk willkürlich Stellen streichen. «Elon Musk hat die Debatte zum schlanken Staat ausgelöst. Nur: Bürokratie ist nicht nur notwendiges Übel, sondern auch wichtig für die Umsetzung



Kantonsrätin Aline Indergand (SVP, Altnau) kritisiert das überproportionale Stellenwachstum in der Thurgauer Verwaltung. Bild: Andrea Tina Stalder

demokratischer Strukturen», sagt Mathis Müller (GP, Pfy). SP-Fraktionspräsidentin Barbara Dätwyler (Frauenfeld) äussert die Vermutung, es stecke mehr hinter der Interpellation als die blosser Abfrage von Zahlen zur Stellenentwicklung. Die Bottighoferin Marion Sontheim (SP) fragt: «Stellen Sie alle Mitarbeitenden der Verwaltung unter den Generalverdacht, zu faulenz?»

Stefan Wolfer (SVP, Weinfelden) hält den Fragen entgegen, dass der Personalaufwand mit 488 Millionen Franken fast 20 Prozent der Gesamtkosten ausmache. «Es ist lobenswert, dass

der Thurgau eine der schlanksten Verwaltungen der Schweiz hat. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Stellenetat überproportional zur Bevölkerung gewachsen ist.»

Reto Ammann, GLP-Fraktionspräsident aus Kreuzlingen, will die Emotionen ausser vorlassen und findet, die Übersicht zur Stellenentwicklung sei ein gutes Führungsinstrument. Martina Pfiffner Müller (FDP, Gachnang) kritisiert: «Es fehlt der Blick auf die Lösungen.» Weiter bemängelt sie, die Regierung werfe dem Grossen Rat die Schaffung von Stellen vor. «Die FDP fordert eine gesunde Por-

tion Pragmatismus und wünscht sich Lösungen statt Mahnungen von der Regierung.»

«Die Regierung ist nicht untätig»

Christian Caviezel (EDU, Tägerwilien) hebt den mahnenden Zeigefinger vor allem in Richtung Gesellschaft. «Der Kern des Problems und die alleinige Lösung kann nicht der Regierungsrat sein», sagt er. «Es liegt an uns allen.» Die EDU/Aufrecht-Fraktion sehe eine Stellenplafonierung jedoch als Möglichkeit, den Stellenzuwachs einzuschränken. Roger Martin (Mitte, Romanshorn) vermutet,

dass wahrscheinlich mehr geschaffene Stellen auf den Grossen Rat entfallen als in der Beantwortung aufgeführt sind.

Nach etwas mehr als einer Stunde kommt Finanzdirektor Urs Martin zu Wort: «Ich kann die Kritik am Stellenwachstum nachvollziehen.» Mit dem umfangreichen Überblick wollte man die nötige Transparenz schaffen, habe aber aufgrund der Fragen zurück und nicht in die Zukunft geblickt. Die Regierung sei aber nicht untätig. Sie habe diese Woche eine Aufgabenprüfung in die Wege geleitet, und auch die Finanzstrategie werde bereits überarbeitet.

Sechs Traktanden in 40 Minuten

Am Mittwoch hat der Grosse Rat in nicht einmal einer Stunde den Grossteil der Geschäfte erledigt.

Sabrina Bächli

In nur 40 Minuten haben die 122 anwesenden Parlamentsmitglieder die ersten sechs von sieben Traktanden der halbtägigen Sitzung durchberaten. Zur Hauptsache ging es um Gesetzesänderungen, die in der zweiten Lesung durchberaten wurden. Hier die Übersicht.

Anpassungen beim Polizeilohn genehmigt

Bei der Redaktionslesung zur Änderung des Gesetzes über die Zivil- und Strafrechtspflege, der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals, des Einführungs-gesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch und des Verantwortlichkeitsgesetzes hat die Redaktionskommission nur wenig Anmerkungen.

Da es keine Diskussion gibt, schreitet Grossratspräsident Pe-

ter Bühler (Mitte, Ettenhausen) zur Schlussabstimmung, die bis auf eine Enthaltung mit 116 Ja-Stimmen ausfällt. Damit hat der Grosse Rat beispielsweise einer Besoldung im Polizeikorps nach Funktion und nicht mehr nach Rang zugestimmt. Weiter kann nun auch die Staatsanwaltschaft sogenannte Assistenzstaatsanwälte einsetzen und damit den Einstieg in den Beruf erleichtern. Die Friedensrichterinnen und -richter sind künftig dem Obergericht und nicht mehr dem Betreibungsamt unterstellt.

Das Bevölkerungsschutzgesetz wird angenommen

Beim Bevölkerungsschutzgesetz handelt es sich um ein völlig neues Gesetz. Die Redaktionskommission hat in der ersten Lesung aufgrund eines Antrags von Andreas Opprecht (FDP, Sulgen) auf Aufnahme eines zusätzlichen Passus die Numme-

rierung geändert. Ansonsten bleibt fast alles gleich. Zu den redaktionellen Anpassungen gibt es keine Voten, die Diskussion wird nicht benutzt. Die Schlussabstimmung zeigt: Das Gesetz ist angenommen.

Stillschweigend durchberaten

Bei der Änderung des Krankenversicherungsgesetzes gibt es weder vom Kommissionspräsidenten David Zimmermann (SVP, Braunau) noch aus dem Plenum eine Anmerkung. Das Geschäft ist damit in zweiter Lesung stillschweigend durchberaten.

Standortförderung geht eine Runde weiter

Obschon Hans Eschenmoser (SVP, Weinfelden) ein längeres Votum hält, gibt es in der zweiten Lesung keinen Antrag. Die SVP wird erst bei der Schlussab-

stimmung wieder aktiv werden. Reaktionen gibt es nur zu diesem Votum, nicht aber zum Geschäft, das damit eine Runde weitergeht.

Motion zurückgezogen

Hermann Lei (SVP, Frauenfeld) tritt als Motionär zu seinem Vorstoss «Angleichen des Beurkundungsrechts, um Fernbeurkundungen zu ermöglichen und die Effizienz von Unternehmen zu sichern» ans Rednerpult und sagt: «Wir sind zufrieden mit der Antwort der Regierung und wissen, dass unser Anliegen möglich ist, deshalb ziehen wir die Motion zurück.» Damit ist auch dieses Traktandum im Rekordtempo abgeschlossen.

Regierungsrat entschuldigt sich für Fehler im Budget

«Wir behandeln ein spezielles Geschäft, das so vermutlich

noch nie behandelt wurde», sagt Kantonsrat Hans Eschenmoser (SVP, Weinfelden). Der Präsident der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) erklärt, dass der Grosse Rat in der Budgetdebatte aufgrund eines Fehlers in der Excel-Datei über eine falsche Gesamtinvestitionssumme abgestimmt hat. Das gelte es nun zu korrigieren. Die GFK habe das aber nicht selbst entscheiden wollen, weshalb sie das Geschäft an den Regierungsrat zurückgeschickt habe – und dieser seinerseits an den Grossen Rat. Regierungsrat Dominik Diezi, in dessen Departement der Fehler passierte, sagt: «Es ist ein bedauerlicher Fehler, wofür wir uns entschuldigen. Ich bitte Sie, den Entschluss zu fassen und dies im Budget 2025 anzupassen.» Dem folgt das Parlament ohne Gegenstimme.